

Präzedenzlos und unvorhersehbar? Hillary Clintons Wahlniederlage und der unwahrscheinliche Triumph Donald Trumps am 8. November 2016

Martin Thunert

Zusammenfassung

Donald Trump hat die US-Präsidentenwahl vom 8. November 2016 nicht gewonnen; vielmehr hat Hillary Clinton, die Kandidatin der Demokratischen Partei, eine sehr ‚gewinnbare‘ Wahl überraschend verloren. Ausgehend von dieser Hauptthese untersucht der Beitrag die Gründe für das unerwartet gute Abschneiden zweier unkonventioneller Bewerber für Präsidentenamt, Bernie Sanders bei den Demokraten und Donald Trump bei den Republikanern, während der parteiinternen Vorwahlen sowie die Ursachen für Clintons überraschende Niederlage im Wahlmännergremium (*Electoral College*), die in erster Linie auf eine mangelnde Mobilisierung der eigenen Wählerschaft in wahlentscheidenden Bundestaaten zurückzuführen sind.

Einleitung

Am 8. November 2016 wählten die Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika zum 58. Mal ihren Präsidenten. Das Ergebnis glich einer Sensation. Noch am Morgen des Wahltags hatten nahezu alle Umfragen einen deutlichen Sieg der Kandidatin der Demokratischen Partei, Hillary Clinton über Donald Trump, der sich gegen 16 Mitbewerber die Nominierung der Republikanischen Partei gesichert hatte, vorausgesagt. Die erwartete erste Präsidentin der USA würde nicht nur landesweit deutlich mehr Stimmen erhalten als ihr Konkurrent, die Prognosen gingen auch von einem deutlichen Sieg im maßgeblichen Wahlmännergremium (*electoral college*) aus, das aus 538 Wahlmännern (*electors*) besteht und wo eine absolute Mehrheit von 270 Stimmen notwendig ist, um Präsident zu werden. Fast alle Umfragen gingen von deut-



Dr. habil. Martin Thunert
Senior Lecturer/Forschungsdozent Politikwissenschaft
Heidelberg Center for American Studies
Universität Heidelberg

lich mehr als 300 Wahlmännerstimmen Clintons aus¹. Doch es kam anders: In der Nacht zum 9. November 2016 befanden sich Hillary Clinton, die Demokratische Partei der USA – und mit ihr ein Großteil der westlichen Welt – in einem Schockzustand. Die Kandidatin und ihre Partei waren darauf vorbereitet, zum ersten Mal seit der Präsidentschaft Franklin D. Roosevelts das Weiße Haus in einer dritten, aufeinanderfolgenden Amtszeit weiterzuführen. Als ‚progressiv‘ geltende Politiker wie die Senatoren Bernie Sanders oder Elizabeth Warren würden wichtige Plätze in der Hillary Clinton Administration einnehmen. Nichts davon trat ein. Obwohl Hillary Clinton wegen ihres hervorragenden Abschneidens in Kalifornien landesweit knapp 2.9 Millionen mehr Stimmen erhielt als ihr Konkurrent, verlor sie das alleine maßgebliche Wahlmännergremium mit 232:306 Stimmen². Ganz 38 Wahlmänner fehlten ihr zum Erreichen einer absoluten Mehrheit von 270 Stimmen. Donald Trump hatte das nahezu Unmögliche geschafft: er brachte die ‚blaue Wand‘ von Staaten, die seit Mitte der 1980er Jahre zuverlässig für demokratische Kandidaten wie Michael Dukakis, Bill Clinton, Al Gore, John Kerry und Barack Obama gestimmt hatten, zum Einsturz, indem er Wisconsin, Michigan und Pennsylvania gewann und dazu auch die von Obama gewonnenen Staaten Florida, Ohio und Iowa zurückeroberte. Das Wahlergebnis stellt somit eindeutig eine schwere Niederlage Hillary Clintons dar, weniger einen Sieg Donald Trumps. Was sind die Gründe für diese vollkommen unerwartete Niederlage? Diese Frage kann nicht ohne einen genauen Blick auf den Verlauf des gut 18-monatigen Wahlkampfes beantwortet werden, der im Frühsommer 2015 begann.

1. Verlauf und Entwicklung des Vorwahl- und Hauptwahlkampfes

Was viele USA-Beobachter in Deutschland nicht wahrhaben wollten – es gab in den USA vor Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 eine Wechselstimmung, die sich z.B. dadurch ausdrückte, dass seit Obamas Wiederwahl 2012 zwischen 58% und 65% der von YouGov befragten Amerikaner angaben, das Land bewege sich eine falsche Richtung – und dies, obwohl sich die makroökonomischen Daten in die richtige Richtung entwickelten: die Arbeitslosigkeit ging von 8% 2012 auf Werte um 5% im Jahr 2015/16 zurück, das Wirtschaftswachstum lag seit Obamas Wiederwahl 2012 zwischen 1.6% und 2.6%³. Noch scheinbar beruhigender für Präsidentschaftskandidaten, die dem ‚Establishment‘ beider Parteien nahestanden: die mit dem eingeschlagenen Kurs des Landes Unzufriedenen machten Akteure in beiden Parteien – insbesondere im Kongress – für den kritisierten Zustand verantwortlich, ein Befund, den insbesondere die Clinton-Kampagne beruhigte, die mit der Fortsetzung der von Obama eingeschlagenen Politik warb.⁴ Gleichwohl öffnete die weit verbreitete, generelle Unzufriedenheit mit dem Status quo während der Vorwahlen in beiden Parteien Gelegenheitsfenster für ‚unkonventionelle‘ Kandidaten, die in Wahlzyklen vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 vermutlich chancenlos gewesen wären.

In der Demokratischen Partei gelang es dem vom linken Parteiflügel stammenden, formal als ‚demokratischer Sozialist‘ unabhängigen Senator von Vermont, Bernie Sanders, der über wenig überregionale Kampagnenerfahrung verfügte, der Kandidatin des Parteiestablishments, Hillary Clinton, die über die vielleicht größte und professionellste Wahlkampfmannschaft in der Geschichte der USA verfügte, ein sehr enges Rennen um die Nominierung der Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei zu liefern. Sanders knappe innerparteiliche Niederlage ist im Wesentlichen auf drei

Gründe zurückzuführen: Sanders, der aus dem landwirtschaftlich, ökologisch und von einer nahezu ausschließlich weißen Bevölkerung geprägten Neuenglandstaat Vermont stammt, gelang es nicht, bei den für die innerparteiliche Entscheidung essentiellen Minderheiten der Schwarzen und der Latinos Clinton genügend Stimmen abzunehmen. So lag Sanders bereits nach den ersten Vorwahlen in südlichen Bundesstaaten so weit hinter Clinton, dass seine Aufholjagd nahezu aussichtslos war. Zweitens geht aus den von WikiLeaks veröffentlichten Dokumenten aus der Parteizentrale der Demokraten hervor, dass die eigentlich zur strikten Neutralität verpflichtete Parteiführung, insbesondere die zwischenzeitlich zurückgetretene Generalsekretarin Debbie Wasserman-Schultz, Clinton deutliche Schützenhilfe leisteten, indem sie z.B. innerparteiliche Debatten so terminierten, dass möglichst wenig jüngere Parteianhänger, die Sanders zuneigten, zuschauen würden. Zudem erhielt die Clinton-Kampagne vor Debatten im Bürgerbeteiligungsformat (*town hall*) die vorher eingereichten Fragen der Bürger zu Gesicht, so dass sie sich auf potenziell unangenehme Fragen vorbereiten konnte. Drittens unterließ es Sanders, da er eine rein inhaltsbezogene Kampagne führen wollte, die schwachen Popularitätswerte Hillary Clintons für einen innerparteilichen Negativwahlkampf zu nutzen. Dennoch machte Sanders gutes Abschneiden deutlich, dass insbesondere bei jungen Wählern, speziell bei sich progressiv einschätzenden Studierenden weißer Hautfarbe und weiblichen Geschlechts, sowie bei Teilen der weißen Arbeiterschaft eine klare Anti-Establishment-Stimmung herrschte und der Wunsch nach fundamentalem Wandel stark verbreitet war.

Ähnliches deutete sich bereits sehr früh in der Republikanischen Partei an. Vor Beginn der eigentlichen Vorwahlen im Februar 2016 hatten seit Sommer 2015 mehrere Fernsehdebatten der mitunter 17 Präsidentschaftskandidaten stattgefunden. In den Umfragen lagen im Spätherbst 2015 drei Kandidaten ohne jegliche politische Erfahrung, der Immobilienunternehmer und Fernsehstar Donald Trump, die ehemalige Top-Managerin Carly Fiorina und der schwarze Neurochirurg Ben Carson deutlich vor politisch erfahrenen Bewerbern wie den ehemaligen oder noch tätigen Gouverneuren Jeb Bush, Chris Christie, John Kasich, George Pataki und anderen erfahrenen Politikern. Lediglich die beiden jungen Senatoren Ted Cruz aus Texas und Marco Rubio aus Florida konnten zunächst Anschluss an die Nicht-Politiker halten. Schon nach der zweiten Vorausscheidung im kleinen Neuenglandstaat New Hampshire setzte sich Donald Trump Mitte Februar 2016 an die Spitze der Delegiertenzahlen, eine Führung, die er nicht mehr abgab. Trump kam zugute, dass sich seine Gegner nicht früh auf einen einzigen Gegenkandidaten einigen konnten, sondern sich eine Handvoll Trump-Gegner bis weit in den Monat März hinein die Stimmen gegenseitig wegnahmen. Auch die Hoffnung der Trump-Gegner, dass der als Populist auftretende Kandidat die absolute Delegiertenmehrheit verfehlen würde, was die Möglichkeit eröffnet hätte, auf dem Parteitag einen anderen Politiker zu nominieren, erfüllte sich nicht.

Trump, aber auch Sanders hatten erkannt, dass sich im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, ausgelöst von der Verwerfung der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 in den USA ein politischer Raum öffnete: zwischen einer Republikanischen Partei, deren Programmatik seit Jahrzehnten ein Mehr an Wettbewerb, Konkurrenz, Deregulierung und Globalismus verspricht und einer Demokratischen Partei, die zwar einem Klientel ausgewählter Interessengruppen mit maßgeschneiderten Verteilungsversprechen und mehr staatlicher Unterstützung entgegenkommt, aber außerstande war, eine gruppenübergreifende Programmatik zu entwerfen oder sich glaubwürdiger von ihren Unterstützern und Spendern in der Finanzindustrie, in der High-Tech-Branche und im Unterhaltungs- und Medienbereich zu lösen. In einen ähnlich undefinierten politischen

Raum waren 1992 in einer frühen Phase der Globalisierung der unabhängige Kandidat Ross Perot und seine Reform Party gestoßen. Perot scheiterte 1992 und 1996 trotz eines landesweiten Stimmenanteils von 19% bzw. 9% wie so viele Drittkandidaten vor ihm, da er keinen einzigen Bundesstaat gewinnen konnte⁵. Danach wurde die damalige Unzufriedenheit durch das Wirtschaftswachstum der späten Bill Clinton-Jahre, das alle Boote ansteigen ließ, und die nach 2001 alles überlagernde nationale Sicherheitsthematik verdrängt. In Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 öffnete sich während der Ära Obama der politische Raum erneut, doch in einer polarisierten politischen Landschaft diesmal nicht für einen unabhängigen Kandidaten zwischen den großen Parteien wie 1992, sondern innerhalb der Parteien – insbesondere bei den Republikanern. Trump und mit Einschränkungen Sanders hatten die neue Unzufriedenheit, die bei den Wählern der unteren Mittelschicht und insbesondere in alten Industriestaaten um die Großen Seen früher und deutlicher wahrgenommen und sie zunächst in innerparteiliche Wahlsiege umgemünzt. Sanders sah sich in der Tradition eines progressiven wirtschaftlichen Populismus, er forderte die Entmachtung der Finanzeliten, hohe Steuern für Superreiche, eine staatliche Krankenversicherung und gebührenfreie Hochschulen (vgl. Judis 2016:62-64). Damit sprach er jüngere Menschen, insbesondere an den Universitäten des Landes und Teile der organisierten Arbeiterschaft an. Doch während Sanders im Süden der USA und bei Minderheitenwählern kaum punkten konnte, gelang es Trump, seine Mitbewerber zum Teil sogar in deren Hochburgen zu schlagen: dem sozialkonservativen Senator Ted Cruz nahm Trump zahlreiche evangelikale christliche Wähler ab, etwa im Bundesstaat Indiana, den kubanisch-stämmigen Senator Marco Rubio schlug Trump selbst in dessen Heimatstaat Florida deutlich. Trumps Angriffe richteten sich insbesondere an die Eliten in Politik und etablierten Medien sowie auf ‚unpatriotische‘ und ‚globalistische‘ Wirtschaftseliten, welche amerikanische Arbeitsplätze zerstörten, indem sie Produktion ins Ausland verlagern, um die fertigen Waren dann zollfrei wiedereinzuführen (vgl. Trump 2015). Während sich Sanders und Trump in ihrer Ablehnung der bestehenden und neu ausgehandelten Freihandelsverträge einig waren, ging Trump in seinen Angriffen auf nicht-legal eingewanderte Mittelamerikaner (Mexikaner) und auf angeblich kaum sicherheitsüberprüfte Menschen aus mehrheitlich islamischen Ländern deutlich weiter als Sanders. Gewisse Übereinstimmungen gab es indes bei der – unterschiedlich motivierten – Ablehnung einer interventionistischen Außenpolitik und der Rolle der USA als Weltpolizist. Erneut legte Trump hier einen anderen Akzent als Sanders, indem er behauptete, zahlreiche Bündnispartner der USA in Asien und Europa erhielten ihre Sicherheit von den USA quasi zum Nulltarif.

Dennoch sah es nach den Nominierungsparteitagen im Spätsommer nicht so aus, als würde die Unzufriedenheit einzelner Wählergruppen ausreichen, um Hillary Clinton, die in den Umfragen nach einigen sommerlichen Fehlritten Trumps deutlich führte, die Präsidentschaft streitig zu machen. Das FBI, das gegen Clinton wegen der dienstlichen Nutzung eines privaten Email-Servers während ihrer Zeit als Außenministerin der USA ermittelt hatte, erklärte im Juli 2016, das Clintons Nachlässigkeiten im Umgang mit vertraulich eingestuftem Mails nicht ausreichten, um Anklage gegen die ehemalige Außenministerin zu erheben, was ihre Kandidatur beendet hätte. Gegen einen Sieg Trumps sprachen sowohl strukturelle wie auch situative Faktoren:

Strukturell galt der demographische Faktor, der u.a. dazu führt, dass der Anteil weißer Wahlberechtigter alle vier Jahre um gut 1-2% zurückgeht, während der Anteil der Minderheitenwähler, die überwiegend den Demokraten zuneigen, im selben Maße steigt, als Grund für die Schwierigkeiten der Präsidentschaftskandidaten der Republi-

kaner seit 1992 nationale Mehrheiten und Mehrheiten im *Electoral College* zu erzielen⁶. Das junge Amerika der Millenniumsgeneration, welches deutlich multiethnischer und multikultureller zusammengesetzt ist als das Amerika der Baby Boomer, aus dem sich die beiden Spitzenkandidaten rekrutierten, würden der Demokratischen Partei weiterhin eine deutliche strukturelle Mehrheit bei Präsidentschaftswahlen sichern, lautete die Überzeugung weit über die Anhängerschaft der Partei und die ihr nahestehenden Experten hinaus (vgl. Endler/Thunert 2016:45-46 und Judis/Teixeira 2002). Dazu kamen die bereits eingangs zitierten vergleichsweise guten makroökonomischen Daten am Ende der Ära Obama. Auch die Zustimmungsrates zur Amtsführung des scheidenden Präsidenten lag bei hohen 60%. Für die Wahl Trumps sprach aus struktureller Sicht primär, dass ‚dritte Amtszeiten‘ für einen Kandidaten derselben Partei, welche das Weiße Haus bereits seit acht Jahren inne hatte, ausgesprochen selten sind⁷. Doch auch situative Faktoren sprachen gegen Trump. Seine Unbeliebtheitswerte waren rekordverdächtig, er wirkte erratisch, verzettelte sich für ihn schädlichen Scharmützeln mit Soldatenfamilien, ehemaligen Models und Schönheitsköniginnen usw. Noch nie hatte ein Kandidat, der die Lage der USA in so düsteren Farben gemalt hatte wie Trump in seiner Nominierungsrede und bei seinen Wahlkampfauftritten, eine Präsidentschaftswahl gewonnen. Schließlich kamen im September und Oktober 2016 immer mehr kompromittierende Beweisstücke über das private Verhalten Donald Trumps ans Licht, der sich darüber hinaus weigerte, seine Steuererklärungen zu veröffentlichen und zudem alle drei Präsidentschaftsdebatten gegen seine Kontrahentin deutlich verlor.

2. Wie und weshalb es zur Wahlniederlage Hillary Clintons kam

Clintons Wahlkampfteam und mit ihr der allergrößte Teil der Medien waren im Oktober 2016 überzeugt, dass die Kandidatin der Demokraten die Wahl am 8. November 2016 bereits gewonnen hatte. Folge dieser Fehleinschätzung war, dass man bereits über die Verteilung von Regierungssämtern nachdachte und es darüber hinaus unterließ, in Bundesstaaten wie Wisconsin und Michigan, aber auch in Pennsylvania, die seit den 1980er Jahren nicht mehr für einen Republikaner gestimmt hatten, ernsthaft Wahlkampf zu führen. In Wisconsin war Hillary Clinton zuletzt im April 2016 erschienen, im Vorwahlkampf, den sie dort gegen Bernie Sanders deutlich verloren hatte. So selbstsicher war die Clinton-Kampagne im Herbst 2016, dass sie es für möglich hielt, Staaten zu gewinnen, die seit Jahrzehnten nicht mehr für einen Demokraten gestimmt hatten wie Arizona, Georgia oder Indiana. Die Clinton-Kampagne bezog ihren Optimismus aus der Erwartung einer hohen Wahlbeteiligung der Latinos, deren jüngere Vertreter sehr stark den Demokraten zuneigten, was nach Umfragedaten auch für junge kubanisch-stämmige Latinos in Florida zutreffen würde.

Die finanziell und personell wesentlich schlechter ausgestattete Trump-Kampagne unter der seit Spätsommer 2016 neuen Leitung der Umfrageexpertin Kellyanne Conway, des ehemaligen Herausgebers der rechtspopulistischen Nachrichtenplattform Breitbart News, Stephen K. Bannon, des Trump-Schwiegersons Jared Kushner und des Redenschreibers Stephen Miller konzentrierte sich auf die als von den Demokraten als ‚sicher‘ eingestuften Bundesstaaten Pennsylvania, Michigan, Iowa, Wisconsin und Minnesota⁸. Darüber hinaus war den Trump-Strategen klar, dass ihr Pfad zu Erreichung der 270 notwendigen Wahlmännerstimmen nur über die beiden von Obama

2012 bzw. 2008 knapp gewonnenen, aber bevölkerungsreichen Staaten Florida, Ohio und North Carolina führen würde. In den letzten 10 Tagen des Wahlkampfs geriet die selbstsichere Clinton-Kampagne in die Defensive. Am 28.10. 2016 teilte der Direktor des FBI, James Comey, dem Kongress mit, dass auf einem gemeinsamen Notebook-Computer des Ex-Abgeordneten Anthony Weiner und dessen Noch-Ehefrau, der engen Clinton-Vertrauten Huma Abedin, gegen den das FBI im Rahmen einer Cyber-Sexaffäre ermittelte, emails der ehemaligen Außenministerin gefunden wurde. Dies führte dazu, dass das FBI die Ermittlungen gegen Clinton wiederaufnehmen würde. Damit war erneut ein Thema in den Medien, das die Clinton-Kampagne in hohem Maße verunsicherte, wenngleich das FBI drei Tage vor der Wahl erneut Entwarnung gab. Auch die zumeist durch WikiLeaks veröffentlichten internen emails aus der Parteizentrale der Demokraten, mutmaßlich von russischen Hackern erbeutet, warfen kein gutes Licht auf die favorisierte Ex-Außenministerin. Zudem wurde für Beobachter deutlich, dass die Versammlungen Trumps, der weitgehend ohne Hilfe von Prominenten auskam, während Clinton ein Star-Aufgebot an Politikern von Präsident Obama und seiner Frau Michelle, Ehemann Bill Clinton, Vizepräsident Joe Biden über Schauspieler und Sängerinnen wie Katy Perry oder Beoncé aufboten, deutlich besser besucht waren und in größerer Zahl stattfanden als die Auftritte der Ex-Außenministerin.

Clintons Strategie, Staaten mit wachsendem hispanischem Bevölkerungsanteil zu gewinnen, ging im Westen der USA dennoch teilweise auf. Sie gewann die Bundesstaaten Colorado und Nevada, scheiterte aber in Arizona. Schon früh in der Wahlnacht (deutscher Zeit) wurde klar, dass Clintons Anstrengungen, die von Obama gewonnenen Staaten Florida und Ohio zu verteidigen ebenso fehlgeschlagen waren wie ihre Kampagne in North Carolina. Dagegen siegte sie, wie Obama vor ihr, in dem ebenfalls umkämpften Bundesstaat Virginia, der Heimat von Senator Tim Kaine, ihres Vizepräsidentschaftskandidaten. Zum Entsetzen der Clinton-Anhänger zeigten die ersten Auszählungen in den traditionell ‚sicheren‘ Demokraten-Staaten Michigan, Pennsylvania und Wisconsin ein Kopf-an-Kopfrennen, mit leichter Führung Donald Trumps, während in den ebenfalls noch umkämpften Staaten Minnesota und New Hampshire Clinton vorne lag. Iowa wiederum ging an Trump. Bis zum Ende der Auszählung kehrte sich Trumps sehr knapper Vorsprung in den drei genannten Staaten nicht mehr um. Dort gaben insgesamt weniger als 80.000 Stimmen den Ausschlag zugunsten Trumps, in Michigan waren es weniger als 11.000. Clintons enorme Vorsprünge vor Trump in den bevölkerungsreichen Demokraten-Hochburgen Kalifornien und New York, die ihr am Ende einen Vorsprung von fast 3 Millionen Stimmen einbrachten, waren aufgrund des Electoral College Systems wertlos. Bereits zum zweiten Mal im 21. Jahrhundert hatte nach George W. Bush ein Kandidat die Präsidentschaftswahl gewonnen, obwohl er die Gesamtstimmenmehrheit verfehlt hatte. Clinton hatte Wahlkampffressourcen an der falschen Stelle eingesetzt - etwa in Arizona statt in Wisconsin - und war Opfer der Hybris ihrer eigenen Kampagne geworden, welche insbesondere nach den gewonnenen Fernsehdebatten die von Trump ausgehende Gefahr deutlich unterschätzt hatte.

3. Analyse des Wahlergebnisses

Mit 55% lag die Wahlbeteiligung 2016 5% unter dem Wert von 2012 und sogar 9% unter dem Wert von 2008. Wie noch zu zeigen sein wird, schadete die niedrige Wahlbeteiligung Clinton mehr als Trump. Hillary Clinton gewann das nationale Stimmenmehr

mit 48% (65,844.954) zu 46% (62.979.879) für Donald Trump. Auf den Kandidaten der Libertären Partei, Gary Johnston, entfielen 3.3% (4,488,919) und auf die grüne Bewerberin Jill Stein 1.1% (1,457,044) der Stimmen. Nach der Theorie der ‚heraufziehenden demokratischen Mehrheit‘, die sich in zahlreichen Umfragen zu spiegeln schien, hätten die Republikaner und ihr Kandidat Donald Trump verlieren müssen, da sie augenscheinlich den Bezug zum jungen, vornehmlich weiblichen und multikulturellen Amerika der Obaba-Wählerkoalition verloren hatten (vgl. Cillizza 2016, Endler/Thunert 2016: 45-48). Tatsächlich erzielte Hillary Clinton in den drei Bundesstaaten Kalifornien, New York und Massachusetts überwältigende Siege – mit einer Mehrheit von ca. 65% zu 35% der Stimmen. Ein ähnliches Kräfteverhältnis ergibt sich zugunsten der Demokraten im pazifischen Nordwesten – Oregon und Washington – sowie im Nordosten zwischen Washington DC und Boston. Ein Muster, das bereits seit Jahrzehnten zu beobachten ist, verstärkte sich 2016 nochmal deutlich. Clinton und die Demokraten sind bärenstark in fast allen bevölkerungsreichen und wirtschaftlich expandierenden städtischen und suburbanen Gebieten, schneiden aber in den dünn besiedelten ländlichen Gebieten des Landes immer schlechter ab. In den übrigen 47 Bundesstaaten lag Trump aggregiert knapp vor Clinton, er gewann die überwiegende Mehrheit der Landkreise – mit zumeist kleinerer Bevölkerungszahl und mit knapperen Mehrheiten – während Clinton etwa den riesigen Kreis Los Angeles mit knapp 10 Mio. Einwohner haushoch gewann.

Außerhalb der von den Demokraten kontrollierten Ballungsräumen ist die Republikanische Partei heute politisch so gut aufgestellt, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Im Senat behielten sie eine Mehrheit von 52:48 Sitzen, im Repräsentantenhaus beträgt ihre Mehrheit nach dem Verlust von sechs Wahlkreisen 241:196 Sitze. 32 von 50 ‚Landtage‘ (*state legislatures*) werden von ihr kontrolliert sowie eine ähnlich hohe Zahl von Gouverneursposten. In nur sechs Bundesstaaten, insbesondere an der Pazifikküste, kontrollieren die Demokraten beide Landtagskammern und den Gouverneursposten, die Republikaner tun dies in 25 Bundesstaaten. Bei den Kongresswahlen 2018 müssen die Demokraten zehn Senatssitze verteidigen, die in Bundesstaaten liegen, die Trump 2016 gewann. Die Chancen der Republikaner, auch die Mehrheit im Supreme Court zu erhalten, stehen so gut wie lange nicht mehr.

Donald J. Trump gewann die Wahl auf den ersten Blick durch ein sehr starkes Abschneiden bei weißen Wählern und durch unerwartete Gewinne mit Minderheiten. Basierend auf Nachwahlbefragungen (*exit polls*) schnitt Donald Trump bei Weißen ohne College-Abschlüsse deutlich besser ab als seine Vorgänger Romney und McCain. Selbst knapp 40% der Wähler, die angaben, in einem Gewerkschaftshaushalt zu leben, stimmten für den Republikaner. Zwar verlor Trump Stimmen von Weißen mit College-Abschluss, dennoch behielten die Republikaner auch bei dieser Gruppe knapp die Mehrheit. Trump gelang, die Verärgerung und die Frustration unter weißen Arbeitern, insbesondere weniger gebildeten, meist männlichen Wählern in nicht-städtischen Gebieten zu erwecken und daraus in einigen wenigen, aber für die Wahlarithmetik entscheidenden Bundesstaaten eine Bewegung der Unzufriedenen zu bilden, die ihn letztendlich in den drei *Swing States* Michigan, Wisconsin und Pennsylvania knapp gewinnen ließ, was für eine Mehrheit der Wahlmännerstimmen ausreichte. Trump versprach den von der Hillary Clinton in einem unvorsichtigen Moment als ‚Jämmerliche‘ (*deplorables*) bezeichneten Amerikanern sichere Grenzen, die Wiedererlangung ihrer Würde und den Arbeitern in den alten Industriegebieten, den Rost vom Rostgürtel der USA zu entfernen und die Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie zu erhalten oder sogar zurückzubringen. Während Clinton ihre Wähler aufforderte, bei ihr zu

sein und zusammenzustehen (*stronger together*), gab Trump den Teilnehmern seiner Massenkundgebungen augenscheinlich das Gefühl, bei ihnen zu sein und sich um sie zu kümmern. Es ist eine für Hillary Clinton tragische Ironie, dass Donald Trump im Rostgürtel der USA eine Kampagne führte, die dem legendären Wahlkampf ihres Mannes Bill Clinton von 1992 ähnlicher war als ihr eigener Wahlkampf. Letzterer war darauf ausgelegt, jeder Wählergruppe der Demokratischen Partei etwas anzubieten, worüber aber eine klare und eindeutige Botschaft vergessen wurde⁹.

Ausgehend von der Einsicht, dass sich immer mehr Menschen medial in einer sog. ‚Echokammer‘ bewegen, in der es weder um die Vermittlung von geprüften Fakten, sondern um die Bestätigung bereits vorgefasster Weltsichten und Meinungen geht, entschied sich die Trump-Kampagne, ihren insgesamt recht wenig professionell geführten Wahlkampf ganz auf die Ausschmückung ihrer Weltsicht abzustellen, statt sich mit Statistiken oder konkreten Politikvorschlägen abzugeben. Der Fernseh-Unterhaltungsstar Donald Trump wusste die Gesetzmäßigkeiten des Reality-TV deutlich besser für sich zu nutzen als die in Politikdetails verliebte ehemalige Außenministerin und Senatorin. Je unterhaltsamer – wenngleich in seinen Behauptungen immer absurder – Donald Trump auftrat, desto mehr erhielt er von den sog. ‚Mainstream-Medien‘ freie Sendezeit, da Trump gut für ihre Einschaltquoten und damit für ihr Werbegeschäft war. Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass derjenige Teil der Medien, deren Redaktionen Trump aufs Heftigste angriffen, ihm unfreiwillig enorm dabei halfen, sich gegen eine besser finanzierte und besser organisierte Konkurrentin durchzusetzen. Die etablierten Medien, deren redaktioneller Teil sich zu nahezu 85% für Hillary Clinton aussprach, wurden in ihrer überwiegenden Mehrheit zum unfreiwilligen Helfer von Trumps Realityshow. Kein Wunder, dass Trump gegenüber diesen Medien keinerlei Respekt zeigte, sondern genüsslich ihren Niedergang vorhersagt – mit seiner tätigen Mithilfe. Trump benötigte die etablierten Medien nicht für die Wählerkommunikation, da er diese fast ausschließlich direkt über das Medium Twitter betrieb.

Doch Clintons Niederlage hat eine zweite, maßgeblichere Ursache: sie schnitt bei zahlreichen Wählergruppen deutlich schlechter ab als Obama: bei den Frauen, bei Weißen, aber auch bei Schwarzen und Latinos sowie bei den Wählern zwischen 18 und 29 Jahren. Diese Zahlen zeigen, dass Hillary Clinton die Wählerkoalition Obamas nicht im selben Maße mobilisieren konnte wie der erste schwarze Präsident. Blickt man ein wenig genauer auf die von Trump erstmals seit 1988 für die Republikaner gewonnenen Bundesstaaten, so wird deutlich, dass er in erster Linie dort nicht aus eigener Kraft gewann, sondern weil Hillary Clinton für die traditionelle demokratische Basis der städtischen Wähler, der Minderheiten und der höher gebildeten Wähler weniger attraktiv war, als dies ein demokratischer Kandidat hätte sein müssen.

Waren nicht das Lager der Demokraten sowie große Teile der nicht parteigebundenen Wähler von Trump so außerordentlich abgestoßen, dass sie die zusätzliche Motivation hätten haben müssen, zur Wahl zu gehen und Clinton zu wählen? Gegen einen extrem unbeliebten Kandidaten wie Donald Trump hätte jeder Kandidat der Demokratischen Partei auf einer Welle von Anti-Trump-Gefühlen unter diesen Wählern reiten müssen. Um gegen einen unisono als schwach eingeschätzten Kandidaten wie Trump zu verlieren, brauchte es daher eine starke Abneigung gegen Hillary Clinton an der Basis der Demokratischen Partei. Nur so konnte nicht nur die Anti-Trump Welle verpuffen, sondern eine durchaus kritische Masse an ‚progressiven‘ Stimmen landete entweder bei der Kandidatin der Grünen, Jill Stein, oder blieb zuhause. Clinton verlor nicht zuletzt deshalb, weil in einigen der wahlentscheidenden Bundesstaaten wie Mi-

chigan oder Wisconsin die demokratische Basis nicht in dem Maße für Hillary Clinton votierte wie sie es für Obama zwei Mal getan hatte. Die bisher treuen Wähler der Demokraten, die am 8.11. 2016 zu Hause blieben oder Jill Stein wählten, händigten am frühen Morgen des 9.11.2016 deutscher Zeit den Wahlsieg an Donald Trump aus.

Rechenbeispiele aus Michigan und Wisconsin untermauern diese These¹⁰: Obama gewann Michigan im Jahr 2012 – wie alle Demokraten seit 1984 – mit einem Vorsprung von 350.000 Stimmen, Clinton verlor ihn 2016 mit einem Rückstand von nur 11.000 Stimmen. Warum? Sie erhielt 300.000 Stimmen weniger als Obama im Jahr 2012. Während die Hochburg der Demokraten in und um die Großstadt Detroit (Wayne County) Obama im Jahr 2012 595.253 Stimmen gab, stimmten vier Jahre später nur 518.000 Detroiter für Clinton. Clinton fehlten in einer absoluten Hochburg der Demokraten mit mehrheitlich schwarzen Wählern somit 75.000 Stimmen der eigenen Anhängerschaft. Nur eine kleine Minderheit dieser fehlenden Wähler lief in dieser Demokratenhochburg zu Trump über, denn dieser erhielt lediglich 10.000 Stimmen mehr als Mitt Romney im Jahr 2012. Sie blieben einfach zu Hause. Wenn sogar nur ein Bruchteil dieser lethargischen Demokraten ihr Wahlrecht wahrgenommen hätten, wäre Michigan ‚blau‘ geblieben. Noch dramatischer fiel das Mobilisierungsproblem Clintons im Bundesstaat Wisconsin ins Gewicht, der einerseits ländlich und von Landwirtschaft geprägt ist, andererseits mit der Universitätsstadt Madison und der Industrie- und Bierbrauerstadt Milwaukee über zwei Hochburgen der Progressiven verfügt. Trump bekam dort keine neuen Stimmen. Er erhielt genau die gleiche Anzahl von Stimmen wie Romney im Jahr 2012. Beide erhielten 1.409.000 Stimmen. Aber Clinton vermochte es nicht, 230.000 ehemalige Obama-Wähler für sich gewinnen: Sie zählte 230.000 Stimmen weniger als Obama im Jahr 2012. Dies ist der Grund, weshalb aus einer 200.000-Stimmen-Gewinnmarge für Obama in Wisconsin eine 30.000-Stimmen-Niederlage für Clinton wurde. Fast unverzeihlich: Clinton hatte seit der Vorwahl im April 2016 im Hauptwahlkampf keinen einzigen Auftritt in Wisconsin absolviert, so sicher war sich ihre Kampagne, den Bundesstaat wie alle ihrer Vorgänger seit 1984 für die Demokraten zu gewinnen.

Bei einer sehr wichtigen Wählergruppe landesweit ein ähnliches Bild: die schwarze Wahlbeteiligung sank um mehr als 11 Prozent im Vergleich zu 2012. Die Unterstützung für Clinton unter den aktiven schwarzen Wählern war immer noch sehr hoch (87 Prozent, gegenüber 93 Prozent für Obama), aber der große Unterschied war die gesunkene Wahlbeteiligung. Fast zwei Millionen schwarze Stimmen für Obama im Jahr 2012 fielen nicht an Hillary Clinton.

4. Schluss

Donald Trump hat die Wahl nicht gewonnen; vielmehr hat Clinton, die Kandidatin der Demokratischen Partei, eine sehr ‚gewinnbare‘ Wahl aus den Händen gegeben. Tatsächlich hat noch nie jemand das Rennen ums Weiße Haus verloren, der gleichzeitig einen solchen Vorsprung bei den Wählerstimmen für sich verbuchen konnte. Hillary Clinton hat es Trump relativ leicht gemacht. Zwar waren beide Kandidaten unbeliebt wie keiner ihrer Vorgänger, doch schadete ihm dies am Ende deutlich weniger als ihr. Trumps Beitrag zum eigenen Sieg ist überschaubar: Er war der undisziplinierteste Kandidat aller Zeiten, er zettelte zum Entsetzen seiner Berater diverse mediale Kontroversen an, in Folge deren er von der zuvor formulierten Botschaft abwich. Doch kre-

ierte keine dieser Kontroversen einen Widerspruch zur Kernbotschaft (vgl. Trump 2015), Amerika ‚wieder groß‘ zu machen (*make America great again*). Trumps Riecher für die Ängste der Menschen blieb stets erhalten; er hat diese Ängste gekonnt potenziert und da, wo es darauf ankam, in Wählerstimmen umgemünzt. Was die Wahl Trumps für die USA und die Welt bedeutet, ist Gegenstand eines folgenden Beitrags.

Anmerkungen

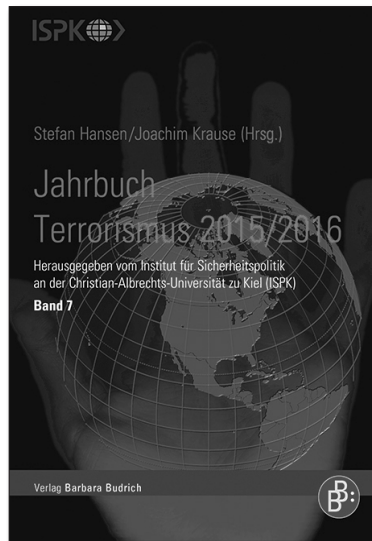
- 1 So berichtet das Magazin Time am Morgen des 8. November 2016 von sechs Prognosen, in denen Hillary Clinton zwischen 274 und 352 Wahlmännerstimmen vorausgesagt wurden. Die Wahrscheinlichkeit eines Clinton-Siegs lag demnach zwischen 60% und über 90%. Unter den von Time ausgesuchten Prognosen befanden sich u.a. renommierte Einrichtungen wie Larry Sabato's Crystal Ball vom University of Virginia Center for Politics und Nate Silvers Blog FiveThirtyEight, welche die Obama-Siege im Electoral College 2008 und 2012 sehr treffsicher vorausgesagt hatten. Vgl. <http://time.com/4561625/electoral-college-predictions/>
- 2 Auf Hillary Clinton entfielen landesweit 65.844,610 Stimmen (48.1%), auf Donald Trump 62.979,636 (46.0%) vgl. <http://www.nytimes.com/elections/results/president>.
- 3 Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14558/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-den-usa/>
- 4 Vgl. YouGov US: Does "Right Direction/Wrong Track" matter?" 12.08. 2016; <https://today.yougov.com/news/2016/08/12/americans-are-unhappy-other-side/>
- 5 Zur populistischen Mini-Revolution Anfang der 1990er Jahre vgl. u.a. Judis 2016:39-53.
- 6 Der einzige Sieg der Republikaner seit dem Ende des Kalten Krieges nach Gesamtstimmenzahl und Wahlmännern gelang George W. Bush im Jahr 2004.
- 7 Den Republikanern gelang dies seit Einführung der Amtszeitbegrenzung für Präsidenten 1952 nur einmal: 1988 beerbte George H.W. Bush Ronald Reagan nach zwei Amtszeiten. Den Demokraten war dies nach 1952 noch nie gelungen.
- 8 Bis Ende Januar 2017 erschienen zwei aus dem Umfeld Trumps stammende und daher wohlwollend verfasste Bestandsaufnahmen des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 von Stone: 2017 und Pollak 2016 sowie die Trump-kritischen Reportagen von Taibbi 2017.
- 9 Zu Clintons Wahlprogramm siehe Clinton/Kaine 2016, zur Kritik an der Klientel-bezogenen Programmatik Clintons siehe Marshall 2017.
- 10 Die folgenden Zahlen stammen vornehmlich aus Ben-Shahar: 2016.

Literatur

- Ben-Shahar, Omri (2016): "The Non-Voters Who Decided the Election: Trump Won Because Of Lower Democratic Turnout", in: Forbes, 17.11.2016
<http://www.forbes.com/sites/omribensshahar/2016/11/17/the-non-voters-who-decided-the-election-trump-won-because-of-lower-democratic-turnout/#3b0f873f40a1>
- Cillizza, Chris (2016): "The coming Republican demographic disaster, in 1 stunning chart", in: The Washington Post, 25.4. 2016,
https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2016/04/25/the-coming-republican-demographic-disaster-in-1-stunning-chart/?utm_term=.37077fec0802
- Clinton, Hillary and Tim Kaine (2016): Stronger Together: A Blueprint for America's Future, New York: Simon & Schuster.
- Cohn, Nate (2016): „The Upshot: Why Trump Won: Working-Class Whites“, New York Times, 9.11. 2016,
https://www.nytimes.com/2016/11/10/upshot/why-trump-won-working-class-whites.html?_r=0,
 Zugriff am 10.11.2016.

- Endler, Tobias und Martin Thunert (2016): Entzauberung. Skizzen und Ansichten zu den USA in der Ära Obama, Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Judis, John B. (2016): The Populist Explosion. How the Great Recession Transformed American and European Politics, New York: Columbia Global Reports
- Judis, John B. und Ruy Teixeira (2002): The Emerging Democratic Majority, New York: Scribner.
- Marshall, Will (2017): "The Day After" in: The American Interest, Winter 2017 (Januar/Februar), 75-79.
- Pollak, Joel B. mit Larry Schweikart (2017): How Trump Won. The Inside Story of a Revolution, New York, Regenery.
- Stone, Roger (2017): The Making of the President 2016: How Donald Trump Orchestrated a Revolution, New York: Skyhorse Publishing.
- Taibbi, Matt (2017): Insane Clown President: Dispatches from the 2016 Circus, New York: Spiegel & Grau.
- Thunert, Martin und Tobias Endler (2016): „Hope and Change? Appraising the Obama-Era and Envisioning the Trump Presidency“, in: Heidelberg Center for American Studies (HCA): Annual Report 2015-16, Heidelberg, 166-183.
- Trump, Donald J. (2015): Great Again. How to Fix Our Crippled America, New York: Threshold Editions. (deutsch: Great Again. Wie ich Amerika Retten Werde, Kulmbach: Plassen Verlag 2016)

Neueste Entwicklungen in der Terrorismusforschung



Stefan Hansen
Joachim Krause (Hrsg.)

Jahrbuch Terrorismus 2015 / 2016

Herausgegeben vom
Institut für Sicherheitspolitik
an der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel (ISPK)
Band 7

2017. 425 Seiten. Kart.
36,00 € (D), 37,10 € (A)
ISBN 978-3-8474-0773-7
eISBN 978-3-8474-0892-5

Der siebente Band des Standardwerks der Terrorismusforschung befasst sich insbesondere mit dem veränderten Erscheinungsbild des Phänomens „Terrorismus“ seit der Bildung des sogenannten „Islamischen Staates“ und seines Bruchs mit al-Qaida.

Dazu werden die unterschiedlichen Akteure des Konflikts in Syrien und dem Irak untersucht und profunde Analysen von ausgewiesenen Experten zum wieder entfachten Konflikt mit der PKK in der Türkei, zum islamistisch motivierten Terrorismus im Jemen, in Libyen wie auch in Ostafrika und dem Tschadseebecken vorgelegt.



www.shop.budrich-academic.de